



Freitag, 30. Oktober 2026, 17:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Befehlen und sterben lassen

Die angestrebte Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland und die Menschenjagd in der Ukraine verfolgen das gleiche Prinzip.

von Peter Frey
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Peter Togel, Maria Taran)

Andere für die eigenen Interessen kämpfen und „zur Not“ sterben zu lassen – dies ist die Mentalität von

Herrschenden seit vielen Jahrhunderten. Das Machtbewusstsein der Eliten – und da ist kein Unterschied zwischen denen in der Ukraine und in Deutschland erkennbar – geht einher mit völliger Abwesenheit von Verantwortung für das eigene Tun. Dazu kommt ein Zynismus, der seinesgleichen sucht. Was interessieren die Politprominenz hierzulande schon ein paar tausend tote Ukrainer mehr oder weniger, die für einen Krieg sterben, der mitnichten der ihrige ist? Diese sind den Kriegsherren völlig gleichgültig, und das wird daran erkennbar, dass die gesetzlich verbrieft Pflicht, zu töten oder sich im Ernstfall töten zu lassen, gar nicht erst als echtes Diskussionsthema zugelassen wird. Die grundsätzliche Einstellung, politische Agenden – hinter denen neben ideologischen nicht zu knapp auch wirtschaftliche Interessen stehen – mit Gewalt umzusetzen, weist auf tiefe, systemische Unstimmigkeiten innerhalb unserer so gepriesenen Demokratien hin.

Zuvor: Die Begriffe Wehrpflicht und Wehrdienst werden in ihrer Bedeutung und Anwendung am Ende dieser Abhandlung etwas vertieft gewürdigt. Gerade im Falle der fehlenden beziehungsweise verzerrten Diskussion um die Wehrpflicht hierzulande wird deutlich, dass die repräsentative Demokratie doch eine Fassadendemokratie verkörpert. Da ist kein Widerspruch. Die Fassade ist die Präsentation – wohlfeil und gerecht. Aber es bleibt eine Präsentation, ein Etikett. Aber was draufsteht, muss nicht drin sein, und diese Demokratie selbst ist weit weniger attraktiv als ihr Etikett. Menschen für den Krieg zu verpflichten, also „zur Not“ in den Tod zu schicken und, nicht zu vergessen, andere Menschen zu

töten, stellt ein Merkmal dieser repräsentativen, sprich Fassadendemokratie dar.

Der Zynismus dieser Tage ist umso doppelbödig, so doch die Kriegstreiber der Fassadendemokratien ohne Skrupel über die Köpfe der Ukrainer hinweg entscheiden. Es ist Augenwischerei, sich der Frage zu entziehen, wer den Krieg gegen Russland weiterführen soll, wenn das Reservoir an „kriegstüchtigen“ Ukrainern aufgebraucht ist. Machen wir uns nichts vor: Es kann auch bei uns so enden wie derzeit in der Ukraine.

Da mit Bedacht regelmäßig in die Öffentlichkeit geschobene Leute wie Strack-Zimmermann und Kiesewetter ihre Kriegsbegeisterung (<https://peds-ansichten.net/2026/08/russland-krieg-kiesewetter-nato-afd-sachsen-anhalt/>) vom Sofa her ausleben, womit andere, statt sie selbst, vorzeitig sterben dürfen, bleiben die Reihen der Fremdenlegionen in den ukrainischen Streitkräften ungenügend gefüllt. Die Bilder und Filme von Zwangsmobilisierungen in der Ukraine verlangen eine erweiterte Betrachtung. Hinter jeder dieser Repressionen steht eben auch die kriegstreibende Propaganda unter anderen der beiden genannten deutschen Politiker.

Andererseits entwickelt sich in den europäischen Staaten, welche ukrainische Flüchtlinge aufgenommen haben, beziehungsweise dies noch tun, eine zunehmende Stimmung gegen diese Flüchtlinge. Hunderttausende ukrainische Männer haben jedoch nichts anderes getan, als ihr Recht auf Leben wahrzunehmen. Das da in der Ukraine ist eben nicht ihr Krieg.

Ein Teil der bundesdeutschen Gesellschaft scheint nun zu glauben, dass mit dem Abschieben ukrainischer Männer die Welt in Deutschland wieder in Ordnung kommen würde. Das wird sie nicht, und das Vorantreiben einer Wehrpflicht macht das eigentlich

unmissverständlich deutlich — eigentlich, denn für viele scheint das nicht deutlich genug. Das nutzen die Regierenden gern aus, indem sie Schritt für Schritt daran arbeiten, wehrfähige ukrainische Männer in die Ukraine „zurückzuführen“ (1).

Dabei nutzt man den Unmut weiter Teile der Gesellschaft aus, welche die Kosten für die Unterbringung und Versorgung hunderttausender Ukrainer mit dem zunehmenden Abbau sozialer Sicherungssysteme in Zusammenhang bringen. Auch und gerade öffentlich-rechtliche Medien pflegen diese Neiddebatte, die in Wirklichkeit keine Grundlage hat (2)! Was vorzüglich geeignet ist, das Primärproblem aus der Betrachtung herauszunehmen, und das ist die Unterstützung und Befeuerung eines Krieges gegen Russland, der weder im Interesse der Ukrainer noch in dem der Bundesdeutschen liegt.

Die Rechtsgrundlage für die Wehrpflicht weist uns übrigens darauf hin, dass die Wehrpflicht aktuell lediglich ausgesetzt ist und also im Jahre 2011 keinesfalls abgeschafft wurde.

Zwar ist im Grundgesetz, im Artikel 4, auch das Recht auf die Verweigerung des Kriegsdienstes verankert, doch gibt es hier juristische Herausforderungen und diese könnten bei einem Kippen der gesellschaftlichen Stimmung hin zur Kriegshysterie unüberwindlich werden (3). Dann beginnt die große Zeit der Greiftrupps. Tatsächlich gibt es in der Bundeswehr Greiftrupps, die sich auch exakt so nennen. Das ist tatsächlich eine der Aufgaben, welche die Militärpolizei der Bundeswehr, die Feldjäger, bei Bedarf wahrnehmen (4).

Vielleicht sollten sich die Bürger etwas mehr Gedanken darüber machen, wie weit Krieg in all seinen Konsequenzen gehen kann. Im zu veröffentlichenden Informationsraum wird die Ukraine als Bastion der Demokratie dargestellt. Und im Sinne einer

Fassadendemokratie ist sie das auch. Dort hat man natürlich ebenfalls seine Feldjäger, erst recht jetzt. In einem Krieg, den der Großteil der ukrainischen Bevölkerung gar nicht führen will. Die Aufgabe, unter allen Umständen jeden mehr oder weniger Wehrdiensttauglichen für die Front zu rekrutieren, haben dort seit 2024 die sogenannten regionalen Rekrutierungszentren übernommen. Deren „Mitarbeiter“ arbeiten wie Kidnapper, sie fangen die Leute auf der Straße ein und verschleppen sie dann in Kleinbussen, daher der Name Busifizierung. Es gibt genug Fälle, in denen von den Entführten nie wieder etwas gehört wird (5).

Sogar in Wohnungen wird sich gewaltsam Zutritt verschafft und die Kriegsunwilligen entführt. Die in vielen Fällen korrupten Häscher tauchen überall auf – in Universitäten, Krankenhäusern, Betrieben, Verkehrsmitteln, Kirchen und Kindergärten. Nirgends ist man sicher.

Nach dem Prinzip „Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns“ wird freizügig Gewalt angewendet (6, 7). Inzwischen existiert im Netz eine anonym betriebene Seite namens busification.org, auf der im Rahmen gewaltsamer Rekrutierungen bekannt gewordene Todesfälle dokumentiert werden (8). Wie üblich in solchen Fällen muss von einer erheblichen Zahl nicht bekannt gewordener Fälle ausgegangen werden.

In öffentlich-rechtlichen Medien finden sie zu dieser tagtäglichen ukrainischen Tragödie gähnende Leere, noch gähnender als in privaten Massenmedien, die wenigstens tröpfchenweise dazu berichten (9). Das massenhafte Phänomen verbirgt dabei die dramatischen Einzelschicksale, Einzelschicksale wie dieses:

„Am Morgen des 26. September rettete sich ein Mann in Tscherkassi nach einer Begegnung mit der TCC [Beamten der Rekrutierungsbehörde] in einen Teich. Die Rekrutierer sprangen ihm

nicht hinterher. Sie standen am Ufer und warteten. Acht Tage zuvor hatte ein anderer Ukrainer versucht, vor einer Einberufungsrazzia in der Nähe von Kriwoi Rog davonzuschwimmen, und tauchte nie wieder auf. Kiews ‚Menschenfänger‘ jagen ihre Beute zwar weiterhin durch Höfe, Straßen und bei Luftangriffswarnungen, doch am Ufer haben sie eine neue Fähigkeit erlernt: Geduld“ (10).

Man muss sich in die Menschen hineinversetzen, verstehen, wie weit sie zu gehen bereit sind, um dem Fleischwolf der mörderischen Front zu entgehen. Die Episode wird noch etwas näher beschrieben und dabei auch die Sicht der praktisch beutemachenden Rekrutierer eingenommen:

„Das Video aus Tscherkassi ist kurz und aussagekräftig. Ein Einheimischer befindet sich im Wasser. Mehrere TCC-Soldaten stehen am Ufer, geduldig wie Reiher, und warten darauf, dass ihr Fang zurückschwimmt. Was vor dieser Szene geschah, ist unklar, ebenso wie das, was danach geschah. Die einzige Gewissheit ist die Haltung der Männer am Ufer: Sie sind keine Retter, sie sind Einfänger“ (10i).

Wer nicht der eingebläuten Angst vor angeblicher russischer Propaganda unterlegen ist, wird zu ukrainischen Einzelschicksalen dieser Art im Übermaß Material finden (11).

Sie glauben, so etwas wäre in der Bundesrepublik Deutschland **unmöglich** (<https://peds-ansichten.net/2024/10/nicholas-taleb-schwarzer-schwan-unvorhersehbares-ereignis-kurzichtiges-denken/#was-nicht-sein-konnte>)? Darauf würde ich es nicht ankommen lassen. Denn wenn die bundesdeutsche Gesellschaft tatsächlich „kriegstüchtig“ gemacht werden sollte, wird selbstverständlich auch so etwas möglich sein. Wenn Greiftrupps einmal alltäglicher Teil des Straßenbildes geworden sind, brauchen wir uns nicht der Illusion hinzugeben, wir könnten uns auf Artikel 4 des Grundgesetzes berufen, um dem Kriegsdienst zu entgehen. Es genügt, daran zu erinnern, wie das Grundgesetz in den **Akutzeiten** (<https://peds-ansichten.net/2026/03/pandemie-corona->

[pflegeheime-infektionsschutz-gesetz-faschismus/](https://peds-ansichten.net/2026/10/corona-grundrechte-medien-regierung-medizinischer-unsinn/) der PLandemie **zurechtgebogen** (<https://peds-ansichten.net/2026/10/corona-grundrechte-medien-regierung-medizinischer-unsinn/>) wurde.

Abgesehen einmal davon, dass bei der Entscheidung gegen den Kriegsdienst auch in der Bundesrepublik ein gepriesenes Element gelebter Demokratie nicht zur Geltung kommt, und das ist die Nichtzulässigkeit der Beweislastumkehr.

Ein junger Mann im heutigen Deutschland muss „beweisen“, dass er nicht bereit ist, andere Menschen zu töten oder zu verletzen oder dazu beizutragen, wenn er dem Wehrdienst entgehen will. Das ist absurd und macht umgekehrt die Bereitschaft zum Töten zu einer Normalität.

Es kehrt unser Wesen um. Nicht umsonst hat die Meinungshoheit in den vergangenen Jahrzehnten so penetrant darauf gepocht, das Töten auf Befehl „von oben“ nicht als Mord zu bezeichnen.

Das von der realen Macht angefeuerte, intensive Pflegen von Feindbildern im Innern wie Äußeren bringt es automatisch mit sich, dass auch operativ auf Feindbilder umgestellt wird. Und da heißt es nun einmal: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns – mit allen Konsequenzen, die das mit sich bringt (Hervorhebung durch Autor):

„Viele spezialisierte Einzelaufgaben [der Feldjäger] stellen sich heute komplett anders dar. Unsere Erheber und Ermittler wurden zum Beispiel früher sehr intensiv für Einzelfälle ausgebildet, jetzt geht es auch um die Dokumentation von Kriegsverbrechen oder die Wahrnehmung von Gewahrsamsaufgaben“ (12).

Seien wir uns gewiss, dass es dann nicht nur um den „Gewahrsam“ von Kriegsgefangenen, „Terroristen“ und „Unruhestiftern“ gehen wird. Ob im Einzelfall dann auch die Häscher am Ufer eines

Gewässers geduldig warten könnten, bis ihr Opfer aufgibt – so wie es im ukrainischen Beispiel (siehe weiter oben) gezeigt wurde –, mag jeder für sich beantworten.

Es lohnt sich, noch einige Worte zu zwei Begriffen zu verlieren. Da wäre zum Ersten der Status der sogenannten Berufssoldaten zu nennen. Arbeitsverträge bei der Bundeswehr sind erst einmal freiwillig geschlossene Verträge, so wie im Zivilleben. Was aber, wenn ein junger, natürlicherweise unerfahrener Mann nach einigen Monaten erkennt, dass er das, was er da tut, so zuvor nicht beurteilt hat, erst recht aus ethischer Sicht? Dann hat er ein Problem, denn grundsätzlich gibt es keinen vorzeitigen Ausstieg – außer den in Richtung Gefängnis (13). Eine fristlose Kündigung ist nicht vorgesehen. Freilich kann ein Berufssoldat seine Entlassung beantragen. Einem Antrag, einem Gesuch, muss jedoch nicht stattgegeben werden. Noch schwieriger wird es, wenn er sich als Zeitsoldat verpflichtet hatte (14), erst recht dann, wenn sich das Land in einen ganz offiziellen Krieg hineinmanövriert haben könnte. Das sollte man jungen Menschen mitgeben, bevor sie sich in das Abenteuer Kriegsdienst stürzen.

Es sei noch auf das Wort Wehrdienst eingegangen. Es bezieht sich darauf, sich in den Dienst einer Sache zu stellen, die akute oder potenzielle Bedrohungen abwehrt. Und genau da beginnt das Problem. Weil Bedrohungen in machtbasierten Gesellschaften einfach deklariert und übergestülpt werden können.

Etwas, das aktuell in der Bundesrepublik geradezu bis zum Exzess demonstriert wird.

Schaut man sich die Geschichte Deutschlands gerade in den letzten 130 Jahren an, dann bekommt der Begriff Wehrdienst einen schalen Beigeschmack. Und es ist nun einmal so, dass gerade die beiden Weltkriege auf deutscher Seite (und nicht nur der) von Soldaten

geführt wurden, die man zum Töten „verpflichtet“ hatte. So wurde es natürlich nicht vermittelt, man sprach von der Pflicht, sich zu wehren, von der Wehrpflicht. Daher ist das Wort Kriegsdienst viel ehrlicher und verdient es, statt des täuschenden Begriffs Wehrdienst respektive Wehrpflicht verwendet zu werden.

Das Phänomen, Menschen gewaltsam in den Krieg zu zwingen, ist also wahrlich kein rein ukrainisches Problem. Es betrifft uns nicht weniger, und es ist in der Wehrpflicht verankert. Es wäre gut, wenn in der Gesellschaft eine wahrhaftige, produktive Diskussion darüber aufkäme, in wessen Interesse tatsächlich die Wehrpflicht liegt. Dabei kann ein Blick gerade auf die deutsche Geschichte der Wehrpflicht sehr hilfreich sein – und natürlich erst recht auf die derzeitige ukrainische Realität.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Artikel erschien zuerst unter dem Titel **Menschenjäger und unsere Verantwortung** (<https://peds-ansichten.net/2026/10/ukraine-krieg-wehrpflicht-feldjaeger-kriegsdienst-deutschland/>) bei **Peds Ansichten** (<https://peds-ansichten.net/>) und ist unter einer Creative-Commons-Lizenz (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen kann er – einschließlich der Primärquelle – gern weiterverbreitet und vervielfältigt werden. Bei Verlinkungen auf weitere Artikel von Peds Ansichten finden Sie dort auch die externen Quellen, mit denen die Aussagen im aktuellen Text belegt werden.



Peter Frey, Jahrgang 1960, ist seit 1965 Dresdner, gelernter Autoschlosser, war LKW-Fahrer, Taxifahrer, selbständig in der IT-Beratung. Nach der Insolvenz war er Sozialhilfeempfänger, Hartz-IV-Empfänger, und studierte schließlich ab 2004 Informationstechnik und ist seit Jahren in Dresden in der Friedensbewegung aktiv. Er will Menschen aufwecken und so zu aktivem, selbst bestimmten, dem kleinen wie dem großen Frieden gewidmeten Handeln bewegen. Seit einigen Jahren ist er hauptberuflich als Administrator tätig und betreibt nebenher den Blog **Peds Ansichten** (<http://peds-ansichten.de>).